

Stand: 09.02.2026 07:22:13

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/9226

"Kein übereilter Aktionismus bei EU-Feuerwaffenrichtlinie"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/9226 vom 01.12.2015
2. Beschluss des Plenums 17/9313 vom 02.12.2015
3. Plenarprotokoll Nr. 59 vom 02.12.2015



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Gudrun Bredel-Fischer, Karl Freller, Dr. Florian Herrmann, Angelika Schorer, Berthold Rüth, Martin Bachhuber, Eric Beißwenger, Norbert Dünkel, Alexander Flierl, Max Gibis, Dr. Martin Huber, Alexander König, Anton Kreitmair, Manfred Ländner, Otto Lederer, Ludwig Freiherr von Lerchenfeld, Andreas Lorenz, Dr. Hans Reichhart, Martin Schöffel, Thorsten Schwab, Tanja Schorer-Dremel, Dr. Harald Schwartz, Klaus Steiner, Jürgen Ströbel, Walter Taubeneder, Peter Tomaschko, Prof. Dr. Gerhard Waschler und Fraktion (CSU)

Kein übereilter Aktionismus bei EU-Feuerwaffenrichtlinie

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich gegenüber dem Bund und der Europäischen Union dafür einzusetzen, dass das bestehende Recht insbesondere für den Umgang und den Handel mit Waffen und Munition, zur Ausübung der Jagd und des Sport- und Brauchtumschießens sowie des Waffensammelns nicht durch Änderungen der Europäischen Feuerwaffenrichtlinie beeinträchtigt wird. Das sehr gut funktionierende deutsche Waffenrecht hat sich in seinem gesamten Regelungsgehalt auch unter Sicherheitsaspekten bewährt; Verschärfungen, deren Folgen außer Verhältnis zum erzielbaren Nutzen stehen, sind zur Erhöhung der öffentlichen Sicherheit nicht erforderlich.

Begründung:

Die Europäische Kommission plant die EU-Feuerwaffenrichtlinie (91/477/EEC) aufgrund der tragischen Vorkommnisse in Paris schneller zu ändern, als bisher vorgesehen. Es sollen dabei strengere Vorschriften geschaffen werden, um u.a. bestimmte halbautomatische Waffen zu verbieten, Waffenerlaubnisse auf fünf Jahre zu befristen und verpflichtende medizinische Tests für die Erteilung und Verlängerung vorzuschreiben, sowie den Onlinehandel mit Waffen und Waffen-teilen einzudämmen.

Das deutsche Waffenrecht hat sich im Kern bewährt. Änderungen sind nur geboten, falls sie die öffentliche Sicherheit erhöhen und dies in einem angemessenen Verhältnis von Folgen und Nutzen steht.

Nach bisherigen Erkenntnissen wurden bisherige Anschläge, wie der in Paris im November 2015, mit illegal besessenen Waffen verübt. Eine Vermischung von legalem und illegalem Waffenbesitz gaukelt Sicherheit vor, schafft sie aber nicht.

Änderungen der Feuerwaffenrichtlinie, die nicht zu einer Erhöhung der öffentlichen Sicherheit führen und deren Folgen außer Verhältnis zum Nutzen stehen, sind deshalb abzulehnen.



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Gudrun Brendel-Fischer, Karl Freller, Dr. Florian Herrmann, Angelika Schorer, Berthold Rüth, Martin Bachhuber, Eric Beißwenger, Norbert Dünkel, Alexander Flierl, Max Gibis, Dr. Martin Huber, Alexander König, Anton Kreitmair, Manfred Ländner, Otto Lederer, Ludwig Freiherr von Lerchenfeld, Andreas Lorenz, Dr. Hans Reichhart, Martin Schöffel, Thorsten Schwab, Tanja Schorer-Dremel, Dr. Harald Schwartz, Klaus Steiner, Jürgen Ströbel, Walter Taubeneder, Peter Tomaschko, Prof. Dr. Gerhard Waschler und Fraktion (CSU)

Drs. 17/9226

Kein übereilter Aktionismus bei EU-Feuerwaffenrichtlinie

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich gegenüber dem Bund und der Europäischen Union dafür einzusetzen, dass das bestehende Recht insbesondere für den Umgang und den Handel mit Waffen und Munition, zur Ausübung der Jagd und des Sport- und Brauchtums-schießens sowie des Waffensammelns nicht durch Änderungen der Europäischen Feuerwaffenrichtlinie beeinträchtigt wird. Das sehr gut funktionierende deutsche Waffenrecht hat sich in seinem gesamten Regelungsgehalt auch unter Sicherheitsaspekten bewährt; Verschärfungen, deren Folgen außer Verhältnis zum erzielbaren Nutzen stehen, sind zur Erhöhung der öffentlichen Sicherheit nicht erforderlich.

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures
II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Abg. Alexander Flierl

Abg. Prof. Dr. Peter Paul Gantzer

Abg. Hubert Aiwanger

Abg. Katharina Schulze

Staatssekretär Gerhard Eck

Abg. Dr. Florian Herrmann

Abg. Josef Zellmeier

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Wir kommen nun zur Beratung der weiteren Dringlichkeitsanträge. Zur gemeinsamen Beratung rufe ich daher auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier,

Gudrun Brendel-Fischer u. a. und Fraktion (CSU)

Kein übereilter Aktionismus bei EU-Feuerwaffenrichtlinie (Drs. 17/9226)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Prof. Dr. Peter

Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert u. a. und Fraktion (SPD)

Änderung der EU-Feuerwaffenrichtlinie (Drs. 17/9256)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof.

(Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Waffenrecht: Keine Verschärfung des legalen Waffenbesitzes in Deutschland

(Drs. 17/9257)

Ich eröffne die Aussprache. Erster Redner ist Kollege Flierl. Bitte schön, Herr Kollege Flierl.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Alexander Flierl (CSU): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Am 18. November dieses Jahres hat die EU-Kommission im Rahmen einer Pressekonferenz ihre Vorschläge zur Änderung der Europäischen Feuerwaffenrichtlinie vorgestellt, also fünf Tage nach den verheerenden Terroranschlägen in Paris, diesen schrecklichen Ereignissen, die uns alle erschüttert haben. Zu Recht kann man hierbei die Frage stellen: Wie schützen wir zukünftig unsere Bevölkerung? Welche Werkzeuge und Möglichkeiten geben wir den Sicherheitsbehörden an die Hand, und wie gewährleisten wir die innere Sicherheit?

Der übliche, nicht auf Fakten basierende Reflex ist immer der Ruf nach einer Verschärfung des bestehenden Waffenrechts. Dieser Versuchung ist die Europäische Kommission erlegen. Die Terrorakte werden zum Anlass genommen, Einschränkungen für die legalen Waffenbesitzer zu fordern. Dabei wird die Tatsache komplett ignoriert, dass diese Anschläge mit Sprengstoffen und mit illegalen, verbotenen Waffen durchgeführt wurden. Es findet wieder eine unzulässige Vermengung des legalen und des illegalen Waffenbesitzes statt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, eine Gefahr für die innere Sicherheit geht von den illegalen Waffen aus, nicht von den rechtmäßigen Waffenbesitzern.

(Beifall bei der CSU)

Ungeachtet dessen, dass sicherlich eine Vernetzung zwischen den Mitgliedstaaten notwendig ist, auch eine bessere Vernetzung bei Auskünften aus dem nationalen Waffenregister, muss man bei den Vorschlägen schon klar festhalten, dass keine ausschließliche Zuständigkeit der EU besteht. Man muss auch den Grundgedanken der Subsidiarität ins Feld führen und feststellen, dass die Vorschläge der EU-Kommission in weiten Teilen unverhältnismäßig, unnötig und außerhalb jedes Verhältnisses stehen bezüglich des bürokratischen Aufwandes und der Kosten.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Es geht um Begrenzung und Bekämpfung von Kriminalität!)

- Darauf komme ich noch, Herr Wengert. Sie werden dann feststellen, dass das ganz klar nicht im Einklang mit den feststehenden statistischen Daten steht.

Schauen wir uns die Vorschläge einmal an: Meldepflicht für Schreckschusswaffen, Registrierung, Erfassung unbrauchbar gemachter Waffen, Beschränkung des Internethandels, Verbot des Verkaufs von Privat- zu Privatperson, obwohl keinerlei Erkenntnisse des Innenministeriums zu einem möglichen Missbrauch vorliegen, ein Verbot der sogenannten B-7-Waffen, halbautomatischer Waffen, die aussehen wie vollautomatische Waffen, die bei uns allerdings seit der Waffengesetzänderung 2003 legal sind.

Besonders schwerwiegend sind allerdings die vorgeschlagenen Befristungen von Erlaubnissen auf fünf Jahre. Hier wird völlig übersehen, dass ein Jagdschein maximal für drei Jahre gelöst werden kann, dass alle drei Jahre eine Regelüberprüfung durch Abfrage des Bundeszentralregisters und des staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverzeichnisses stattfindet. Insbesondere soll eine medizinische Untersuchung verpflichtend vorgesehen werden. Auch diesbezüglich haben wir bereits ausreichende Regelungen zur persönlichen Eignung in § 6 des Waffengesetzes, und es stellt sich auch die Frage, wie eine medizinische Untersuchung Bedürfnis- oder Zuverlässigkeitssfragen nachweisen soll. Diese Vorschläge zeigen eindeutig, dass in großen Teilen ein Zusammenhang mit den Terroranschlägen fehlt. Es wird klar übersehen, dass wir ein strenges Waffengesetz in Deutschland haben, das sich bewährt hat.

Deswegen verwundert mich auch der SPD-Antrag etwas, in dem ganz klar eine weitere Verschärfung des Waffenrechts gefordert wird: ein Verbot sämtlicher halbautomatischer Waffen, also auch für Jäger, für Sportschützen, insbesondere auch für Reservisten, strengere Vorschriften für den Internethandel und auch zusätzliche Auflagen für Sammler, weil hier angeblich das Risiko besteht, dass diese Waffen an Kriminelle verkauft werden. Das hat mit der Realität und mit den Erfordernissen in der Praxis nichts mehr zu tun. Es ist weit entfernt davon und zeigt auch, dass Sie keinerlei Kenntnis der tatsächlichen gesetzlichen Bestimmungen hier bei uns im Lande haben.

(Beifall bei der CSU)

Sie erkennen auch ganz klar, dass wir kein Sicherheitsproblem durch die Besitzer legaler Waffen haben. Der Nachweis wird durch die polizeiliche Kriminalstatistik geführt. Nur 0,2 % aller Straftaten werden unter Schusswaffenverwendung verübt und fast ausschließlich durch illegale Waffen. Dies zeigt ganz klar, dass der Staat auf die Rechtstreue der Besitzer legaler Waffen vertrauen kann. Dieses Vertrauen ist eindeutig gerechtfertigt. Die Besitzer legaler Waffen brauchen es sich nicht gefallen zu lassen, dass behauptet wird, von ihnen gehe eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung aus. Sie dürfen auch nicht in diese Ecke gestellt werden.

Auch wenn unser Antrag deutlich umfassender und detailreicher ist und sich auch auf Sammler, Reservisten und Brauchtumsschützen bezieht und alle Aspekte umfasst, werden wir dem Antrag der FREIEN WÄHLER zustimmen, weil die FREIEN WÄHLER mit ihm die gleiche Zielrichtung verfolgen wie wir.

Ich darf Sie ersuchen, dass wir die Staatsregierung auffordern, sich auf Bundes- und auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass unser funktionierendes Waffenrecht nicht durch geplante Änderungen der EU-Feuerwaffenrichtlinie zulasten der Besitzer legaler Waffen beeinträchtigt wird, dass keine Verschärfungen vorgenommen werden, die zu keiner Erhöhung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung führen. Unsere Besitzer legaler Waffen brauchen keine unnötige Bürokratie, brauchen keine weiteren Kosten. Wir brauchen keine Vorschläge, die weitgehend ohne jedweden Sicherheitsgewinn sind.

Ich bitte daher um ein klares Signal für die über zwei Millionen Jäger, Sport- und Brauchtumsschützen, Reservisten sowie Waffensammler, die zuverlässig und gesetzesestreu sind und keine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung darstellen.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Kollege Flierl. – Der nächste Redner ist Kollege Professor Dr. Gantzer. Bitte sehr, Herr Gantzer.

Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kollegen und Kolleginnen! Ich bedauere es sehr, dass wir dieses Thema im Plenum anlässlich eines Dringlichkeitsantrages behandeln, weil es hier wirklich um ernst zu nehmende Sachargumente geht, und die kann man eigentlich im Laufe einer solchen kurzen Diskussion gar nicht darstellen. Ich hätte mir gewünscht, dass diese Anträge im Innenausschuss behandelt werden würden, unter Hinzuziehung der Fachleute des Innenministeriums. Da wären wir zu guten Ergebnissen gekommen.

(Beifall bei der SPD)

So kann ich nur sagen, liebe Kollegen und Kolleginnen, wenn ich das hier lese, was Sie seitens der CSU und seitens der FREIEN WÄHLER beantragt haben: Das sind wirklich, um es einmal im Schießjargon zu sagen, Schnellschüsse; da haben Sie aus der Hüfte geschossen. Da haben Sie auf Zuruf von Lobbyisten geschossen: Da ist wahrscheinlich die National Rifle Association an Sie herangetreten. Immer wenn in Amerika aufgrund von Schusswaffengebrauch eine Katastrophe passiert ist und ich dann die Argumente von der National Rifle Association höre:

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Wir haben Sport- und Brauchtumsschützen und Jäger! Sie können doch die illegalen nicht mit den Sportschützen gleichsetzen!)

Die argumentiert genauso wie Sie; die hat dieselben Argumente. Deswegen kann ich nur sagen: Es ist richtig, dass natürlich auch die Person entscheidend ist, wie eine Waffe gebraucht wird. Aber so, wie Sie argumentieren, nämlich dass der Waffengebrauch nicht eingeschränkt werden darf, das ist nicht richtig.

(Beifall bei der SPD)

Wenn ich den Antrag der CSU lese, da geht alles durcheinander. Sie wissen ja gar nicht, was genau in dieser Änderungsverordnung steht.

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Das wissen wir sehr wohl!)

Also, ich habe das genau aufgelistet. In unserem Dringlichkeitsantrag steht nämlich – ich gehe das jetzt einmal ganz schnell durch –: "Strenge Vorschriften, um halbautomatische Waffen zu verbieten." – Auch der Deutsche Schützenbund ist der Meinung, dass das passieren soll. Sie gipfelt sogar in dem Ausruf: Wir Schützen brauchen keine Kalaschnikow! - Das ist auch richtig. Deswegen müssen wir uns überlegen, wie weit wir diese halbautomatischen Waffen von der Kategorie B 7 in die Kategorie A aufnehmen. Das ist genau der richtige Weg, wobei wir es trotzdem zulassen wollen, dass bestimmte Waffenbesitzer eine Erlaubnis erhalten, wenn sie das für den Schießsport ausdrücklich brauchen.

"Strengere Vorschriften für Online-Waffenköpfe." – Dann wissen Sie nicht, was im Online alles möglich ist, wie gedealt wird. Waffenköpfe werden inzwischen überwiegend übers Darknet abgewickelt.

"Vernetzung der nationalen Waffenregister. Intensiverer Informationsaustausch". – Das verlangt der Deutsche Schützenbund genauso. Ich weiß gar nicht, weshalb Sie hinter dieser Forderung nicht stehen können.

(Beifall bei der SPD)

"Kriterien für Schreckschusswaffen": Gehen Sie nur zu den Fachleuten. Die Schreckschusswaffen können zu vollautomatischen Waffen umgebaut werden, und das ist auch der Fall. Fragen Sie bei der Innenministerkonferenz nach.

"Strengere Auflagen für Sammler, ...": Es ist so, dass Sammler Waffen verdealen können, die zwar unbrauchbar gemacht worden sind, die dann verkauft werden, danach aber wieder gebrauchsfähig gemacht werden.

Herr Flierl, es ist falsch, was Sie gesagt haben, dass jetzt auf einmal ein Schnellschuss seitens der EU vorgenommen worden ist. Nein, diese Vorschläge gibt es seit April 2015.

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Es wurde vorgezogen!)

Im April 2015 sind die Vorschläge erarbeitet worden und sollten im Januar vorgelegt werden. Jetzt hat man sie zwei Monate vorgezogen.

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Wegen Terrors!)

Deswegen daraus einen Skandal zu machen, ist also völlig falsch. Das ist die richtige Linie, die die EU eingeschlagen hat. Ich verstehe jetzt auch nicht, weshalb das auf einmal das Hauptargument für Ihre Ablehnung ist.

(Beifall bei der SPD)

Wir sehen auch die Schwierigkeiten. Da stimme ich mit Ihnen überein. Wir sehen die Schwierigkeiten bei den Schützenvereinen, wenn es darum geht, dass alle fünf Jahre eine Erlaubnis überprüft werden soll, diese regelmäßigen medizinischen Untersuchungen, die angeordnet werden sollen – da sind wir genau Ihrer Meinung. Dem stimmen wir nicht zu. Wir haben alle drei Jahre sowieso eine Regelüberprüfung. Die medizinische Untersuchung braucht es nicht, weil das geprüft wird in jedem Verfahren. Ich sage aber auch – das kann ich aufgrund meines Alters sagen –: Ich bin trotzdem der Meinung, dass ein Inhaber einer Waffenberechtigungskarte ab 70 alle fünf Jahre überprüft werden sollte, gesundheitlich. Das wäre die einzige Ausnahme, die ich bei der medizinischen Untersuchung sehen würde. Aber ansonsten brauchen wir uns nicht weiter damit zu befassen.

Ich bedauere, dass Sie das, was die Änderung der EU-Feuerwaffenrichtlinie will, nicht erkannt haben und auch einfach vom Bauch heraus und nicht mit Verstandesargumenten bedacht haben. Ich bedauere das sehr. Ich bedauere es vor allem deswegen, weil nämlich am letzten Sonntag die AfD auf Vorschlag des Bundesvorstandes der AfD auf ihrem Bundesparteitag genau das beschlossen hat, was Sie jetzt hier vorgelegt haben. Da muss ich Ihnen jetzt wirklich sagen: Wenn Sie jetzt schon AfD-Politik betreiben,

(Beifall bei der SPD – Josef Zellmeier (CSU): Das ist ja peinlich! – Dr. Florian Herrmann (CSU): Das ist wirklich eine Unverschämtheit! – Weitere Zurufe von der CSU – Glocke der Präsidentin)

dann schwimmen Sie auf derselben Linie wie diese AfDler.

Ich sage Ihnen zum Schluss auch: Ich selber habe eine Waffenbesitzkarte. Ich selber habe eine Waffe. Ich schieße regelmäßig. Ich weiß, worüber ich rede. Als Oberst habe ich wahrscheinlich mehr geschossen als Sie alle zusammen.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CSU: Oh!)

Ich bin also vom Fach und weiß, wovon ich rede. All denjenigen von Ihnen, die das unterschrieben haben, empfehle ich, eine Zuverlässigkeitssprüfung vornehmen zu lassen, weil sie nicht wissen, wie gefährlich Waffen sein können. Deswegen müssen wir Ihren Antrag ablehnen.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Gantzer. Bleiben Sie bitte noch am Pult. Herr Kollege Flierl hat um eine Zwischenbemerkung gebeten. – Bitte schön.

Alexander Flierl (CSU): Herr Kollege Professor Gantzer, zunächst darf ich schon zum Ausdruck bringen, dass ich es für ungehörig und dreist finde, unseren Antrag in die Nähe der AfD zu rücken.

(Beifall bei der CSU)

Das zeigt, dass Sie sich mit unserem Antrag und dessen Inhalt nicht auseinandergesetzt haben.

(Zuruf von der SPD)

Ich kann Sie beruhigen: Ich habe eine solche Zuverlässigkeitssüberprüfung bestanden. Ich wundere mich, dass gerade Sie als Oberst der Reserve vor diesem Hintergrund für Ihre Fraktion ein vollständiges Verbot halbautomatischer Waffen fordern. Sie sagen selbst, dass Sie eine Waffenbesitzkarte haben; Sie sind wohl aktiver Reservist gewesen. -

(Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Bin ich immer noch! – Heiterkeit bei der SPD)

– Immer noch; umso besser.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Flierl hat noch das Wort; bitte hören Sie ihm auch zu.

Alexander Flierl (CSU): Das kann ich nicht nachvollziehen.

Ebenso darf ich anfragen, ob Ihnen bewusst ist, wie dringlich die Angelegenheit ist. Ich habe es angedeutet. Am 18.11. war die Pressekonferenz. Bereits nächste Woche, am 7. Dezember, soll das EU-Parlament die Angelegenheit erstmalig behandeln. Dann soll ein Vorschlag an den EU-Rat erfolgen, der im Januar oder Februar 2016 diese Angelegenheit behandelt. Die Sache ist also dringlich. Die Sache muss heute abgestimmt werden, wenn wir unsere Haltung zum Ausdruck bringen wollen, dass sich die Staatsregierung auf Bundes- und Europaebene gegen weitere Verschärfungen des legalen Waffenbesitzes einsetzen soll.

Wenn Sie mir genau zugehört hätten, Professor Gantzer, dann hätten Sie feststellen können, dass ich nicht kritisiere, dass der Informationsfluss zwischen den Mitgliedstaaten verbessert werden soll, dass ich nicht kritisiere, dass eine erleichterte Abfrage auch bei den nationalen Waffenregistern erfolgen kann. Mir geht es einzig und allein darum, dass wiederum unzulässig eine Verknüpfung zwischen den Terroranschlägen und einer Beschränkung des legalen Waffenbesitzes vorgenommen wird, um nicht mehr und nicht weniger.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Flierl, kommen Sie bitte langsam zum Schluss.

Alexander Flierl (CSU): Dazu sind Ihre Vorschläge untauglich. Mit Ihren Vorschlägen und mit Ihrer Verschärfung tragen Sie nur dazu bei, dass rechtmäßige Waffenbesitzer kriminalisiert werden -

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Flierl, Ihre zwei Minuten sind um.

Alexander Flierl (CSU): –, die keine Gefahr für die innere Sicherheit und Ordnung darstellen.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön. – Herr Gantzer, bitte.

Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Lieber Herr Flierl, ein Blick ins Waffenregister hat mir gezeigt, dass Sie auch Inhaber einer Waffenbesitzkarte sind. Deswegen weiß ich, dass Sie eine bestimmte fachliche Ahnung von der ganzen Sache haben. Deshalb sage ich noch einmal, nachdem ich Ihren Beitrag gehört habe: Es wäre wirklich gut gewesen, wenn wir uns nicht in einer so kurzen Aussprache mit der gesamten Problematik beschäftigt hätten, sondern im Innenausschuss, in dem Sie auch Mitglied sind, wenn wir uns also im Innenausschuss in einer Sondersitzung – denn dringlich ist es ja – damit beschäftigt hätten und zu einer gemeinsamen Beschlussempfehlung gekommen wären und dann die Staatsregierung vor uns hergetrieben hätten, damit sie aktiv wird. Das hätte ich durchaus begrüßt.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt kommt mein großes Aber: Lieber Herr Flierl, ich sehe, Sie kennen wahrscheinlich nicht ganz genau den Antrag, der auf dem AfD-Bundeskongress beschlossen worden ist.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Der ist wurscht!)

– Nein. Ich muss leider sagen: Das ist derselbe Antrag, den Sie gestellt haben; derselbe Antrag, der von den FREIEN WÄHLERN kommt.

(Zurufe von der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

– Nein, das ist nicht wurscht.

(Alexander Flierl (CSU): Selbstverständlich ist mir das egal! – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Wir lesen doch nicht alles, was die Deppen verabschieden, und machen dann nichts mehr!)

Sie bedienen damit eine ganz bestimmte Klientel. Das ist nicht richtig. Ich habe Ihnen ganz klar gesagt: Wir können über viele Punkte diskutieren. Herr Flierl hat mir gerade zugestimmt, dass wir in mindestens zwei Punkten übereinstimmen.

(Zurufe von der CSU – Anhaltende Unruhe)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Kolleginnen und Kollegen! Herr Gantzer hat noch das Wort. Ich bitte um etwas mehr Ruhe.

(Zuruf des Abgeordneten Professor Dr. Gerhard Waschler (CSU))

– Herr Waschler, bitte etwas mehr Ruhe.

Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Nachdem Herr Herrmann sich so aufregt - - Ich habe nicht nachgesehen: Haben Sie denn einen Waffenschein, Herr Herrmann?

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kollegen und Kolleginnen, wir werden diesem Antrag nicht zustimmen. Ich bedauere, dass wir nicht zu einer gemeinsamen Lösung kommen. Ich wünsche Ihnen schöne Weihnachten.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Professor Gantzer. – Liebe Kollegen und Kolleginnen, auch wenn das Thema manche emotional aufwühlen mag, bitte ich doch, darauf zu achten, mir auch zu folgen, wenn ich mehrfach mit der Glocke und auch ausdrücklich um Ruhe bitte.

(Beifall bei der SPD)

Das mache ich bei jedem Redner, egal von welcher Seite, genauso. Ich möchte, dass dies auch akzeptiert wird. - Nächster Redner ist Herr Aiwanger. Bitte.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, es ist wichtig, dass wir auch in aufgeregten Zeiten einen kühlen Kopf bewahren. Die Debatte zeigt ja, dass wir selbst in diesem Haus nicht einmal in der Lage sind, dieses Thema sachlich abzuarbeiten. Wir legen uns sehr schnell mit gegenseitigen Schuldvorwürfen und mit Chaosprüchen selbst lahm. Wie soll da erst die Bevölkerung draußen mit diesem Thema umgehen, wenn am Wirtshaustisch oder sonst wo über ein Attentat oder über Waffenbesitz diskutiert wird, wenn schon wir es nicht hinbekommen?

Ich glaube, es ist wichtig, die beiden Dinge gezielt auseinanderzuhalten: Was ist nötig, um illegalen Waffenbesitz, um Sprengstoffschmuggel und dergleichen lahmzulegen? – Ich glaube, wir sind uns alle einig, dass diesbezüglich alles getan werden muss. Es ist erschreckend genug, meine Damen und Herren, dass Sprengstoff in großen Mengen über Grenzen geschafft werden kann und dies keiner mehr merkt – die Grenzen sind offen; das ist eben so –, dass im Internet Waffen bestellt werden können, dass Waffenbestandteile bestellt werden können, die zwar eigentlich verboten sind, aber trotzdem in Umlauf kommen. Das müssen wir regeln. Das müssen wir trockenlegen, soweit es geht. Machen wir uns aber nichts vor: Am Ende ist es nicht die Waffe, die tötet, sondern es ist durchaus der kranke Kopf, die Ideologie. Auch dort müssen wir ansetzen. Einem kranken Gehirn werden wir niemals alle Werkzeuge entziehen können, damit keine anderen Menschen getötet werden können. Dort müssen wir ansetzen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, bezüglich des legalen Waffenbesitzes erwarte ich jetzt aber schon, dass wir uns auch mit breiter Brust vor unsere Schützenvereine, vor unsere Jäger, vor unsere Reservisten, vor unsere Waffensammler und vor unsere Brauchtumsschützen stellen. Das sind ehrenwerte Leute, mindestens so ehrenwert wie der Durchschnitt der Bevölkerung, meine Damen und Herren. Sie werden strengen Prüfungen unterzogen; sie müssen strenge Prüfungen ablegen, werden regelmäßig durchgecheckt, ob sie noch zuverlässig sind. Meine Damen und Herren, diese Vereine

und Verbände leisten auch einen großen Beitrag zur Gesellschaftsarbeit, zur Jugendarbeit. In den Schützenvereinen wird jungen Menschen, die vielleicht ansonsten vor dem Computer Blödsinn machen oder irgendwo nervös werden und nur noch aufgeregt sind, beigebracht, den Körper wieder zu beherrschen, sich zu konzentrieren und in der Gruppe Verantwortung zu übernehmen.

Die Volksfeste, die Schützenumzüge – meine Damen und Herren, wer möchte das denn missen? Das sind aber diejenigen Verbände, die heute im Kreuzfeuer eines allgemeinen Angriffs stehen. Mit der EU-Feuerwaffenrichtlinie erfolgt ganz klar ein Angriff auf diesen Personenkreis, indem es heißt, dass sie sich alle paar Jahre einem Gesundheitscheck unterziehen müssten, dass sie regelmäßig neue Anträge stellen müssten, um ihre Waffen weiterführen zu dürfen. – Meine Damen und Herren, damit wird diesen Verbänden ohne Not, ja zusätzlich das Leben schwergemacht. Wir sind heute schon froh, wenn wir in diesen Verbänden noch Ehrenamtliche und Übungsleiter haben, die mit den jungen Menschen arbeiten. Wenn wir sie mit Bürokratie überziehen, werden viele die Fahnen strecken, weil sie sich das nicht mehr zumuten wollen. Derjenige aber, der eine Affinität zu Waffen hat, wird dann nicht mehr unter staatlicher Kontrolle ordentlich angeleitet und im Umgang mit einer Waffe geschult. Er sucht sich entsprechende Möglichkeiten vielleicht an anderer Stelle und wird damit eher zur Gefahr für die Bevölkerung, als wenn er in einem sauberen System, das wir in Deutschland haben, ordentlich betreut wird.

Deshalb sind wir der Meinung, dass wir diesen legalen Waffenbesitz gegen überzogene Angriffe verteidigen müssen. Insbesondere Jäger und Sportschützen sind von den Verschärfungen auszunehmen. Wir müssen uns vor sie stellen und sie aufrufen, noch mehr Verbandsarbeit zu leisten und zum Beispiel noch mehr junge Leute im Umgang mit Luftdruckwaffen zu schulen. Die Verbandsmitglieder, die die jungen Leute schulen, stehen auf dem Boden des Grundgesetzes und bringen sich für die Gesellschaft ein. Aus diesen Verbänden gehen nicht die Amokläufer von morgen hervor. Auch deshalb

sind die überzogenen Vorschriften der EU-Feuerwaffenrichtlinie abzulehnen und abzuwehren.

Der Antrag der SPD-Fraktion ist in vielen Teilen gar nicht so schlecht. Was mir aber völlig gegen den Strich geht, ist die Aussage zu den halbautomatischen Waffen. Eine halbautomatische Waffe ist kein Maschinengewehr, keine Kalaschnikow. Letztere sind vollautomatische Waffen, aus denen nach einmaliger Betätigung des Abzugs Feuertösse herauskommen. Halbautomatische Waffen sind heute beispielsweise bei der Wildschweinbejagung die gängigsten Waffen. Der Abzug wird durchgezogen, dann fällt ein Schuss, und das dreimal hintereinander. Dann ist das Magazin leer - fertig!

Gerade die SPD, die sich in der Vergangenheit massiv für das Einführen der Nachtzielgeräte eingesetzt hat, will jetzt den Jägern die Waffen, die bei der Tageswildschweinjagd dringend nötig sind, wegnehmen. Wenn Sie heute Mitarbeiter des Bundeskriminalamtes zu dem Thema Nachtzieltechnik befragen, dann werden sie die Hände über dem Kopf zusammenschlagen und sagen, dass diese vor dem Hintergrund der jetzigen Gefährdungslage überhaupt nicht mehr befürwortet werden können. Schon damals hat das BKA diese Technik abgelehnt.

Wenn der Jägerschaft die Waffen abgenommen werden sollen, die in der Praxis dringend nötig sind, dann ist das der fachlich falsche Ansatz, der - im wahrsten Sinne des Wortes - in den Wald führt. Belasst den Jägern diese Waffen! Belasst den Sportschützen vergleichbare Waffen! Beide Gruppen brauchen sie für ihre Übung.

Auch in Bezug auf dieses Thema gilt: Herunter mit den Emotionen! Genau hinsehen! Illegale Waffentechniken, Schmuggel und illegaler Besitz sind schärfstens zu verfolgen. Insoweit haben Sie uns völlig an Ihrer Seite. Lasst aber bitte die ordentlichen Waffenbesitzer, die ihre Waffen legal besitzen, in Ruhe. Nehmt ihnen die Angst, dass sie ohne Not mit Verschärfungen konfrontiert werden. Lasst diese Leute weiterhin in Ruhe ihrer Arbeit bzw. ihrem Hobby nachgehen!

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Das sind wir als Hohes Haus diesen Verbänden schuldig. Es dauert nicht mehr lang bis zu den nächsten Neujahrsempfängen der Schützenvereine. Dort sitzen wir in der ersten Reihe und nehmen das Essen dankend zu uns. Wollen wir dann in den Landtag gehen und ihnen das Leben unnötig schwermachen? Das sollten wir nicht tun.

Unser Anliegen ist es, die legalen Waffenbesitzer zu unterstützen. Wir stimmen dem CSU-Antrag zu und lehnen den SPD-Antrag, vor allem wegen der Passage zu den halbautomatischen Waffen, ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Aiwanger. – Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Schulze. Bitte schön, Frau Schulze.

Katharina Schulze (GRÜNE): Kollege Aiwanger, dass Sie bei den Neujahrsempfängen der Schützenvereine immer etwas zu essen bekommen, dürfte wohl kein ausreichendes Argument für Ihren Antrag sein.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Liebe Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben in der Europäischen Union ein Waffenproblem. Die EU-Kommission schätzt, dass rund 80 Millionen rechtmäßig für den zivilen Gebrauch erworbene Waffen vorhanden sind. Laut Bestandsaufnahme der Kommission zur Eindämmung des unerlaubten Handels mit Feuerwaffen von vor zwei Jahren war der Verbleib von rund einer halben Million Schusswaffen, die in der EU "verloren gegangen oder gestohlen" worden sind, nach wie vor ungeklärt.

Gleichzeitig haben wir ein großes Problem damit, dass Schusswaffen aus Drittländern eingeführt werden. Auch der Online-Waffenhandel im Darknet ist eine große Herausforderung und ein ungelöstes Problem.

Wir GRÜNEN wollen Verbindlichkeit und Sicherheit für die europäische und damit auch für die bayerische Bevölkerung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wollen das Sicherheitsrisiko verringern. Das ist möglich durch die Bekämpfung des illegalen Schusswaffenhandels in Europa. Diese Aufgabe muss Priorität haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, illegaler Waffenbesitz hat nicht nur etwas mit dem Terrorismus, sondern auch mit den Amokläufen, die wir in unregelmäßigen Abständen an verschiedenen Schulen in ganz Europa erleben, zu tun. Deswegen sind wir GRÜNEN der Meinung, dass der Vorstoß der EU-Kommission sehr begrüßenswert ist.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Er stellt zumindest einen ersten Schritt in die richtige Richtung dar.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dass dies der Fall ist, wird zum einen daran deutlich, dass die Waffenlobby dagegen Sturm läuft, und zum anderen daran, dass die CSU und die FREIEN WÄHLER munter hinterherrennen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, Beliebigkeit und Laisser-faire sind beim Thema Waffen nicht vertretbar.

Herr Kollege Flierl, der Antrag der CSU-Fraktion ist auch inhaltlich nicht korrekt. Wenn Sie behaupten, die Neufassung des Waffenrechts in der EU sei ein Schnellschuss, dann haben Sie sich mit den Beratungen auf europäischer Ebene überhaupt nicht auseinandergesetzt. Kollege Gantzer hat bereits erwähnt, dass über entsprechende Neuregelungen seit Langem diskutiert wird. Seit Jahren gibt es entsprechende Konsultationen unter den 28 Mitgliedstaaten. Angesichts dessen davon zu sprechen, dass die EU-Kommission das neue Waffenrecht aus dem Ärmel geschüttelt habe, ist unzulässig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die CSU scheint sich mit den Inhalten des Kommissionsvorschlags nicht richtig auseinandergesetzt zu haben; dazu findet sich jedenfalls kein einziges Wort in Ihrem Antrag. Kollege Gantzer hat einige Punkte schon genannt. Auf zwei möchte ich genauer eingehen.

Ich verstehe wirklich nicht, wie Sie von der CSU gegen strengere Reglementierungen des Online-Waffenhandels sein können. Ich erinnere an die Kalaschnikow, die ein Islamist im August in einem Thalys-Zug zwischen Amsterdam und Paris dabeihatte. Verschiedene Waffenbestandteile waren im Internet gekauft und dann zur Kalaschnikow zusammengebaut worden. Ich verstehe nicht, wie die CSU der Meinung sein kann, dass wir den Online-Handel im Darknet nicht stärker reglementieren sollten. Das ist für mich unbegreiflich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ferner kann ich nicht nachvollziehen, warum Sie EU-einheitliche Regelungen zur Kennzeichnung von Feuerwaffen ablehnen. Damit wäre es möglich, besser zurückzuverfolgen, woher die Waffen kommen und wo sie sich befinden.

Das sind alles vernünftige Vorschläge, über die man diskutieren kann. Das geschieht gerade auf europäischer Ebene. Dass Sie sich in diese Beratungen gleich mit einem Veto hineinwerfen wollen, ergibt in unseren Augen keinen Sinn.

Ich möchte noch einen dritten Punkt ansprechen. Sie von der CSU-Fraktion beklagen in Ihrem Antrag eine "Vermischung von legalem und illegalem Waffenbesitz". Das ist aber das Abbild der Realität. Viele illegale Waffen waren zu einem früheren Zeitpunkt legale Waffen. Diesem Umstand müssen wir doch auch auf europäischer Ebene Rechnung tragen. Die daraus resultierenden Probleme gilt es anzupacken. Deshalb ist es wichtig und gut, dass auf europäischer Ebene darüber verhandelt wird.

Ich kann zusammenfassen: Die CSU versucht, die Anstrengungen der EU zur Eindämmung von Waffengewalt zu torpedieren. Mit ihrem Antrag stellt sich die CSU gegen mehr Sicherheit und gegen mehr Verbindlichkeit waffenrechtlicher Regelungen in Europa und damit auch in Bayern.

Auch die FREIEN WÄHLER hoppeln der Waffenlobby hinterher.

Die SPD-Fraktion hat einen recht guten Antrag gestellt; viele Punkte können wir mittragen. Zu zwei Punkten – Ablehnung der zeitlichen Beschränkung der waffenrechtlichen Erlaubnis und der regelmäßigen medizinischen Untersuchungen – haben wir aber noch Diskussionsbedarf. Deshalb werden wir uns zu dem Antrag der SPD-Fraktion der Stimme enthalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Schulze. – Jetzt hat sich Staatssekretär Eck zu Wort gemeldet. Bitte schön, Herr Eck.

Staatssekretär Gerhard Eck (Innenministerium): Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich will nicht alles wiederholen; Kollege Flierl hat bereits alles bis in das letzte Detail geschildert. Danach wurden aber weitere Reden gehalten. Dass hier von "Waffenlobby" gesprochen wird und davon, dass wir sie unterstützen würden, ist ein starkes Stück.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir reden hier von Jägern, Sportschützen und Waffensammlern. Angesichts dessen ist es – ich wiederhole mich an dieser Stelle – ein starkes Stück, wenn hier zu solchen Ausdrücken gegriffen wird.

Wir müssen ein Stück weit differenzieren, wenn es um die Frage geht, worüber wir hier eigentlich reden. Die Richtlinie der EU hat mit der Bekämpfung des illegalen Waf-

fenhandels nur sehr wenig zu tun. Dazu hat die EU vielmehr einen Aktionsplan angekündigt, auf den wir uns konzentrieren sollten. Beides ist also voneinander zu trennen.

Lieber Herr Kollege Gantzer, ich schätze Sie sehr. Aber Ihre Formulierung, Sie müssten die Staatsregierung vor sich hertreiben, hat mich dann doch dazu motiviert, hier noch einmal das Wort zu ergreifen. Schauen wir uns die Entwicklung der Zahl der Waffenbesitzer in Bayern an: Im Jahr 2008 waren es 367.000, am 31. Oktober 2015 nur noch 220.000, also 147.000 Waffenbesitzer weniger. Die Anzahl der Schusswaffen ist um 282.000 Waffen gesunken. Demgegenüber sind die Kontrollen von 2.326 auf 20.169 gestiegen. Vor diesem Hintergrund muss die Staatsregierung nicht getrieben werden. Die aktuelle Situation ist ausgezeichnet. Ich will uns jetzt nicht mit anderen Bundesländern vergleichen.

(Thomas Kreuzer (CSU): Machen Sie das!)

Insgesamt befinden wir uns auf einem ganz tollen und ausgezeichneten Weg. Aus diesem Grund bitte ich darum, dieses Thema differenziert zu betrachten. Wir sind der Meinung, dass wir keine Änderung der Richtlinie brauchen.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Staatssekretär. – Jetzt hat sich noch Herr Kollege Dr. Florian Herrmann zu Wort gemeldet. Bitte schön, Herr Herrmann.

Dr. Florian Herrmann (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss noch ein paar Sätze zu diesem Thema sagen. Überraschenderweise geht es wild durcheinander. Als wir uns gestern in unserer Fraktion Gedanken über dieses Thema gemacht haben, bin ich davon ausgegangen, dass Konsens besteht. Deshalb wundere ich mich wirklich sehr über die Ausführungen von Professor Gantzer, die eine unangemessene Schärfe in die Diskussion bringen.

(Beifall bei der CSU)

Wenn Sie den Tenor unseres Antrags und die Begründung lesen --

(Florian von Brunn (SPD): Wie kann man einen Tenor lesen?)

– Indem man einfach ein Wort nach dem anderen liest, darüber nachdenkt und dann redet, nicht umgekehrt. So kann man es zum Beispiel machen.

(Beifall bei der CSU)

Uns geht es darum, keinen übereilten Aktionismus zu betreiben. Das ist der erste Kritikpunkt. Eine Regelung, die erst später hätte diskutiert werden sollen, sollte nicht aus Anlass der Terroranschläge vorgezogen werden. Dies erweckt nämlich den falschen Eindruck, dass legaler Waffenbesitz mit Terroranschlägen zusammenhängt. Dieser Eindruck ist falsch. Das ist der erste Punkt.

(Beifall bei der CSU)

Zweitens geht es uns darum, dass mit der Änderung der Feuerwaffenrichtlinie keine Beeinträchtigungen entstehen sollen, die im Hinblick auf die Verbesserung der inneren Sicherheit nicht gerechtfertigt sind und unnötige Hürden für Sportschützen, Brauchtumsschützen, für die Sammler und für die Jagd aufbauen. Genau um diese Zielgruppe geht es. Deshalb sollte kein Aktionismus betrieben werden. Stattdessen sollte man sich in Ruhe überlegen, welche der Maßnahmen, die von der EU-Richtlinie erfasst werden, sinnvoll sind. Als Stichworte nenne ich die bessere Vernetzung der nationalen Waffenregister und Schreckschusswaffen, über die man durchaus diskutieren kann. Das hat Herr Kollege Flierl ausdrücklich angesprochen. Mit unserem Dringlichkeitsantrag beabsichtigen wir nicht, jegliche Änderung der Richtlinie abzulehnen. Das haben wir sehr genau differenziert.

Wir wollen jedoch deutlich machen, dass wir diesen Reflex ablehnen. Irgendwo geschieht ein schrecklicher Amoklauf oder ein Terroranschlag. Schließlich erfolgt der automatische Reflex: Wir verschärfen die Regelungen. Damit werden diejenigen beeinträchtigt, die mit der Sache gar nichts zu tun haben, nämlich die Sportschützen, die

Brauchtumsschützen, die Jäger und die Sammler. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das will ich sehr deutlich herausstellen.

Herr Kollege Professor Gantzer, ich finde es wirklich unverschämt, dieses Thema in die Nähe der AfD zu rücken. Das halte ich schlichtweg für unverschämt.

(Beifall bei der CSU)

Wir sollten auch generell aufhören, auf diesem Niveau miteinander zu diskutieren. Wenn Sie der Meinung sind, dass unser Antrag falsch ist, können wir gerne darüber reden. Es entspricht jedoch nicht dem Niveau und der Würde dieses Hauses, unseren Antrag mit dem Vergleich zur AfD zu diskreditieren.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Macht doch keine Werbung für diese Partei!)

Dies ist mit der Würde dieses Hauses nicht vereinbar. Das will ich sehr deutlich sagen.

Wir sollten das Thema ohne Aufregung behandeln. Wir sind hier der Bayerische Landtag. Das wird selbstverständlich auf europäischer Ebene in aller Ruhe diskutiert werden. Sicher werden wir als Bayerischer Landtag noch die eine oder andere Gelegenheit haben, uns über die Details zu unterhalten. Schon heute sollte klar aus der Debatte hervorgehen, dass es bestimmte Regelungen gibt, die wir nicht benötigen und deshalb auch nicht wollen. Mit Ausnahme der GRÜNEN besteht unter den Fraktionen Einigkeit. Dazu zählt die fünfjährige Frist inklusive Gesundheitskontrolle. Die Regelungen des bestehenden deutschen Waffenrechts gehen bereits darüber hinaus. Die Kontrollen sind schon jetzt so scharf und so streng, dass es nicht notwendig ist, mit einem großen Aufwand darüber hinauszugehen.

Zum Schluss möchte ich noch auf die Waffensammler eingehen. Wir sollten wirklich aufpassen, dass der bürokratische Aufwand nicht zu hoch wird, wenn dies nicht erforderlich ist. Mit der EU-Richtlinie soll jede unbrauchbar gemachte Waffe registriert werden, egal wo sich diese befindet. Dieser bürokratische Aufwand steht überhaupt nicht

im Verhältnis zum Nutzen. Deshalb bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag und um deutliche Abrüstung, lieber Professor Gantzer, im Niveau der Diskussion.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Herrmann. – Jetzt hat sich Professor Gantzer zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön.

Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Lieber Herr Herrmann, in Anbetracht der vorherigen Ausführungen und Ihrer Ausführungen frage ich Sie, weshalb Sie als Vorsitzender des Innenausschusses nicht dafür gesorgt haben, dass dieses Thema auf die Tagesordnung des Innenausschusses kommt.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Professor Gantzer. – Herr Dr. Herrmann, bitte schön.

Dr. Florian Herrmann (CSU): Jede Fraktion kann Anträge stellen. Wir haben den Antrag heute als Dringlichkeitsantrag gestellt, weil Sie, lieber Herr Kollege, genau wissen, dass wir keine Sitzung mehr vor Weihnachten haben. Da dieses Thema jedoch wichtig ist, wollen wir ein deutliches Signal Richtung Brüssel senden.

(Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Wir hätten eine Sondersitzung machen können! – Widerspruch bei der CSU)

– Lieber Herr Kollege, ich glaube, wir merken, dass es Ihnen offenbar nicht ganz so ernst mit dem Thema ist, wie wir es für notwendig halten.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Herrmann. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt. Wer dem Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion auf der Drucksache 17/9226 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU und

der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen? – Das sind die SPD-Fraktion und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Enthaltungen? – Ich sehe keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf der Drucksache 17/9256 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die SPD-Fraktion. Gibt es Gegenstimmen? – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Enthaltungen? – Das ist die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER auf der Drucksache 17/9257 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen? – Das sind die Fraktion der SPD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Enthaltungen? – Eine Enthaltung?

(Josef Zellmeier (CSU): Ich habe mich zu Wort gemeldet!)

– Sie haben sich gemeldet. – Keine Enthaltungen. Damit ist dieser Antrag angenommen.

Wir haben jetzt 18.00 Uhr.

(Zurufe von der SPD: 17.59 Uhr!)

– Welche Uhrzeit gilt jetzt?

(Josef Zellmeier (CSU): Ich möchte eine Erklärung zur Abstimmung abgeben! –

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Das ist Kabarett!)

– Ist das eine Erklärung zur Abstimmung für die Fraktion?

(Josef Zellmeier (CSU): Für mich!)

– Für Sie persönlich. – Herr Kollege Zellmeier hat sich zu einer persönlichen Erklärung zur Abstimmung gemeldet. Bitte schön, Herr Kollege Zellmeier.

(Heiterkeit)

Josef Zellmeier (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin mit voller Überzeugung bei der Haltung der CSU. Wir wollen übrigens auch das Gleiche wie die FREIEN WÄHLER. Ich möchte an dieser Stelle nur betonen, dass das Wort "dringlich" bei den Dringlichkeitsanträgen manchmal etwas irreführend ist. Bei dem Antrag, den die CSU eingebracht hat, handelt es sich tatsächlich einmal um einen Antrag, der dringlich ist.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Erklärung zur Abstimmung! – Diana Stachowitz (SPD): Wollen Sie vielleicht sagen, dass Sie dem Antrag doch zugestimmt haben?)

Warum Herr Kollege Professor Dr. Gantzer dies infrage stellt, verstehe ich nicht. Deshalb war es eigentlich die Pflicht eines jeden Kollegen hier, dem zu folgen, weil hier eine Dringlichkeit gegeben ist. Entsprechend war auch mein Abstimmungsverhalten.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Kollege Zellmeier. – Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Wir haben bereits abgestimmt. Unsere vereinbarte Endzeit 18.00 Uhr ist nun erreicht. Ich kann somit den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 17/9227 betreffend "3. Startbahn: Klarheit für die Menschen – Entscheidung jetzt!" nicht mehr aufrufen. Er wird daher in den federführenden Ausschuss verwiesen. Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/9228 bis einschließlich 17/9233 und die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/9258 bis einschließlich 17/9260 werden ebenfalls in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Ich schließe damit die Sitzung und wünsche der CSU-Fraktion eine friedliche und besinnliche Weihnachtsfeier. Allen anderen wünsche ich einen wunderbaren Abend. Danke schön.

(Schluss: 18.01 Uhr)